

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

März 2011

Offener Brief
an
die Moderatoren des HAZ-Forums
und an die Mitglieder der Redaktion der
Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ)

Kritik aus Nutzer- / Lesersicht

Text 87.5

Anhang 5

Artikel und Korrespondenz

von und mit

Gerd Grope

Redakteur der HAZ

1969 / 1971

27. 7. 69

Hannoversche Allgemeine Zeitung
3000 H a n n o v e r
Postfach

Leserauschrift zu: "Bis zum magischen Achteck" von Gerd Grope
HAZ 26./27. 7. 69, S. 5

Mit "Nie wieder darf es zu solchen Schlangen kommen." werden die Abbildungen (schlangestehende Arbeitslose 1932 und Menschenschlangen vor den Währungsbüros 1948) kommentiert.

Das es solche Schlaggen gegeben hat, ist dem Hochmut der Majorität in der Wirtschaftswissenschaft und Politik der Weimarer Republik gegenüber einer Minorität der Wissenäen zu verdanken.

Der Begriff "magische Ecken" ist zutreffend für den Zustand der Volkswirtschaftslehre. Die Volkswirte sind nämlich mehr Magier als Wissenschaftler.

Die in dem obigen Bericht aufgeführten 8 magischen Ecken reduzieren sich bei logischer Betrachtung auf ein rationales Dreieck.

1. Freie Lohnbildung ist kein Ziel der Wirtschaftspolitik, sondern ein Element unserer Wirtschaftsordnung.
2. Freie Konvertibilität (die zum Wochenbeginn von der Bundesbank eingeschränkt wurde), Ausgleich der Devisenbilanz und stabile (nicht fixierte) Wechselkurse (also außenwirtschaftliches Gleichgewicht) sind durch die Einführung flexibler Wechselkurse zu haben.
3. Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum werden jetzt zu Lasten der Preisniveaustabilität erreicht, indem die leichte Inflation den Geldkreislauf in Bewegung hält.

Wenn die Preisniveaustabilität auch erreicht werden soll, ist es erst einmal notwendig, die Quantität des Geldes zu bestimmen und die Umlaufgewindigkeit zu beherrschen. Die theoretischen Einsichten verstauben seit der Jahrhundertwende in Bücherregalen. Die politischen Sachzwänge werden aber die alten Einsichten als neue wissenschaftliche Erkenntnis kreieren, wie z.B. die flexiblen Wechselkurse.

4. Wenn eine gerechte Einkommensverteilung gefordert wird, kommt man nicht an der Tatsache vorbei, daß Gerechtigkeit in der Wirtschaft nur Leistungs- oder Tauschgerechtigkeit sein. Die Leistungsgerechtigkeit werden wir aber nur dann erreichen, wenn jeder Verktätige (einschließlich Unternehmer) seinen vollen Arbeitsertrag erhält, d.h. daß dem Kapital seine Ertragsfähigkeit genommen wird.

Die Versuche, den Kapitalismus mittels Vermögensumverteilungen einen annehmbaren Anstrich zu geben, werden auch noch den Kern unserer freiheitlichen Ordnung verrotten lassen.

Die einzige systemgerechte Methode, um eine gerechte Einkommensverteilung zu erreichen, ist, die Marktwirtschaft voll zur Entfaltung kommen zu lassen, das kann man schon bei Keynes und Gesell lesen.

5. Wenn die Widersprüche in der Wirtschaftspolitik Geräusche von sich geben würden, dann würde man den Großstadtlärm sicher als tiefe Stille empfinden.

Jede magische Ecke, jeder Konflikt zwischen den elementaren Zielen der Wirtschaftspolitik zeugt von sachwidrigen Empfehlungen der Volkswirte und von schlecht durchdachten Maßnahmen der Politiker. Die Wechselkursdiskussion zeigt ~~an~~ den Wandel an, sie zeigt auch wie durch marktwirtschaftskonforme Maßnahmen sich magische Ecken auflösen.

Wirtschaftliches Wachstum, Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität lassen sich zwar nicht mit Magie, aber mit Rationalität gleichzeitig verwirklichen.

Wenn Raumfahrt so stümperhaft, wie Wirtschaftspolitik betrieben würde, dann hätten wir in hundert Jahren noch keine Mondlandung erlebt.

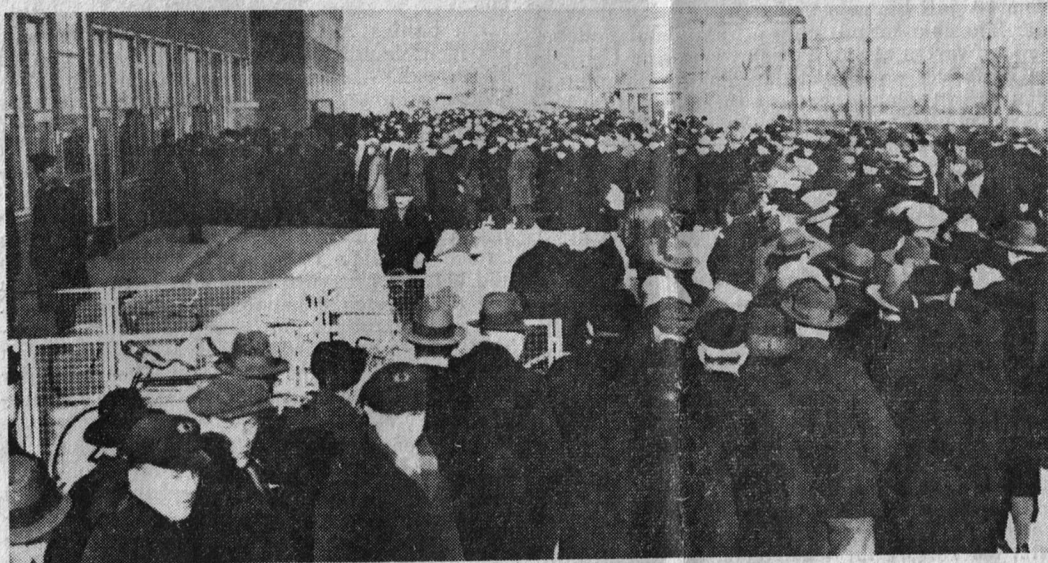
Bis zum magischen Achteck

Die Zielkonflikte in der Wirtschaftspolitik / Von Gerd Grope

In ihrer Rede zur Eröffnung der Weltkonferenz für Handel und Entwicklung am 1. Februar 1968 in Neu Delhi sagte die indische Ministerpräsidentin, Indira Gandhi: „Man muß jetzt die hochentwickelten Länder darauf aufmerksam machen, daß Weltfriede und wirtschaftlicher Fortschritt untrennbar miteinander verbunden sind. Wenn die Kluft zwischen reich und arm nicht geschlossen wird, besteht die Gefahr, daß die Armen sich ihr Recht mit Gewalt verschaffen. Es geht nicht um die Frage, ob die reichen Länder den armen helfen können, sondern ob sie es sich leisten können, diese Hilfe zu unterlassen.“ — Ob man nun bei dieser Kluft tatsächlich von Ungerechtigkeit sprechen kann, ist ein besonderes Problem. Auf jeden Fall aber will die unterentwickelte Dritte Welt an den Lebensstandard der Industrieländer herankommen.

Ende Juli 1961 veröffentlichte die Kommunistische Partei der Sowjetunion unter dem damaligen Ministerpräsidenten Chruschtschow ihr neues, drittes Programm. Darin wurde angekündigt, daß die Sowjetunion bis zum Jahre 1970 die USA in der Pro-Kopf-Produktion überholen werde. Bis 1980 könne dann der Übergang zur kommunistischen Gesellschaftsordnung, in der „jeder nach seinen Bedürfnissen“ versorgt werde, im wesentlichen abgeschlossen sein. Denn die Sowjetunion werde bis zum Ablauf dieser Periode die doppelte Arbeitsproduktivität der USA erreichen. — Heute wissen wir, daß die Sowjetbürger auf das prophezeite Schlaraffenland noch einige Zeit werden warten müssen.

Bei uns in der Bundesrepublik und anderswo in der westlichen Welt wollen die Landwirte das Einkommensniveau der Industrie erreichen. Nicht daß es ihnen absolut schlecht oder schlechter als früher ginge; aber sie vergleichen ihre Einkommenssteigerung mit der in der übrigen Wirtschaft, und dabei schneiden viele Bauern nicht gerade günstig ab (wobei oft vergessen oder



wirtschaftliche Entwicklung ein absolutes Gut darstelle“. Kennan meint statt dessen: „Eine Ideologie, welche die Menschen lehren würde, ihr Leben in einem quantitativ stabilen Rahmen positiv zu gestalten, in dem sie ihnen die Möglichkeiten böte, sich qualitativ zu entwickeln, würde einen tieferen Respekt einflößen als diejenige, die sich einem ewigen Expansionsprozeß hingibt, dessen Resultat unberechenbar, unkontrollierbar, aber fast sicher wenig wünschbar ist.“

„Beefsteak-Sozialismus“ vergessen

Aber wo in der Wirtschaftspolitik ist hiervon etwas zu spüren? Prof. Karl Schiller hatte schon vor seinem Amtsantritt als Bundeswirtschaftsminister kein Hehl aus seiner Wachstumsfreude — manche nennen es auch Wachstumsfanatismus — gemacht. Vergessen ist offenbar in der SPD die Warnung des großen Joseph Schumpeter vor einem reinen „Beefsteak-Sozialismus“. Immer noch ist „Wachstum“ die herrschende Parole. Daß sie nicht schlechthin „Wachstum über alles“ heißt, liegt an der Preisstabilität, die ebenfalls mit zu

ger — Preisstabilität. Angemessen aber auch hinsichtlich des Gleichgewichts der Devisenbilanz als weiteres allgemeingültiges Ziel der Wirtschaftspolitik.

Die wiederholten internationalen Währungsunruhen und Krisen einzelner Währungen haben nämlich den westlichen Ländern klargemacht, daß sie währungspolitisch in einem Boot sitzen. Kein Land darf zu große Devisenverluste erleiden, weil sonst andere Staaten mit Hilfsaktionen einspringen müssen. Kein Land darf aber auch ständige Devisenüberschüsse haben, weil diese ja das Spiegelbild der Verluste anderer sind. Und da es zu den neuzeitlichen Übeln der westdeutschen Wirtschaft gehört, „exportlastig“ zu sein und dadurch unseren Devisenhort ständig anzureichern, haben die Wachstumsfreunde hierzulande ein neues Argument bereit: Wir müssen die Binnenfrage auf hohen Touren halten, weil sonst die Unternehmen verstärkt den Export als Absatzventil suchen würden, um ihre ständig erweiterten Produktionskapazitäten auszunutzen.

Zugkräftigstes Argument für die Wachstumsfreunde ist jedoch immer noch jenes Ziel, über



Nie wieder

darf es zu solchen Schlangen kommen. Unter dieser Forderung und Zielsetzung stehen die Wirtschaftspolitiker in aller Welt. Nie wieder Schlangen von Arbeitslosen wie 1932 in Deutschland (linkes Bild); nie wieder endlose Schlangen von Menschen vor Währungsbüros, wie sie sich am 20. Juni 1948 in den westdeutschen Städten und Dörfern bil-

Am Anfang der Regierungszeit dieser großen Koalition in Bonn standen Vollbeschäftigung und Wachstum ganz oben in der Zielliste der Wirtschaftspolitik; man mußte den Krisengefahren entrinnen, die zum Sturz der Erhard-FDP-Regierung geführt hatten. Am Ende die-

Am Anfang der Regierungszeit dieser großen Koalition in Bonn standen Vollbeschäftigung und Wachstum ganz oben in der Zielliste der Wirtschaftspolitik; man mußte den Krisengefahren entrinnen, die zum Sturz der Erhard-FDP-Regierung geführt hatten. Am Ende dieser Regierungsperiode steht die Preisstabilität im Vordergrund der wirtschaftspolitischen Zielsetzung; Wirtschaftsminister Schiller muß seine Wachstumswünsche mäßigen, zumal sein Kabinettskollege und Wahlkampfkontrahent Strauß sich als Stabilitätseiferer produziert. Aber mit Vollbeschäftigung, Wachstum und Preisstabilität allein ist es nicht einmal getan; ein ganzes Bündel von Zielen verlangt zu seiner Verfolgung wahrhaft magische Kräfte.

etwas zu spüren? Prof. Karl Schiller hatte schon vor seinem Amtsantritt als Bundeswirtschaftsminister kein Hehl aus seiner Wachstumsfreude – manche nennen es auch Wachstumsfanatismus – gemacht. Vergessen ist offenbar in der SPD die Warnung des großen Joseph Schumpeter vor einem reinen „Beefsteak-Sozialismus“. Immer noch ist „Wachstum“ die herrschende Parole. Daß sie nicht schlechthin „Wachstum über alles“ heißt, liegt an der Preisstabilität, die ebenfalls mit zu den wirtschaftspolitischen Zielen gehört – freilich von den einen mehr, von anderen weniger wichtig genommen. Da die Preisstabilität durch ein ungezügelter Wirtschaftswachstum besonders gefährdet ist, soll das Wachstum „angemessen“ sein: Angemessen hinsichtlich – mehr oder weni-

Wirtschaft gehört, „exportlastig“ zu sein und dadurch unseren Devisenhort ständig anzureichern, haben die Wachstumsfreunde hierzulande ein neues Argument bereit: Wir müssen die Binnen-nachfrage auf hohen Touren halten, weil sonst die Unternehmen verstärkt den Export als Absatzventil suchen würden, um ihre ständig erweiterten Produktionskapazitäten auszunutzen.

Zugkräftigstes Argument für die Wachstumsfreunde ist jedoch immer noch jenes Ziel, über dessen Wichtigkeit es unter Politikern, Wirtschaftswissenschaftlern und dem sogenannten Mann von der Straße seit dem 29. Oktober 1929 keine Meinungsverschiedenheiten mehr gibt. Dieses Ziel heißt Vollbeschäftigung oder zumindest Verhinderung einer größeren Arbeitslosigkeit.

Mit dem Börsenkrach begann es

An jenem Tag hat sich ...

Nie wieder

darf es zu solchen Schlangen kommen. Unter dieser Forderung und Zielsetzung stehen die Wirtschaftspolitiker in aller Welt. Nie wieder Schlangen von Arbeitslosen wie 1932 in Deutschland (linkes Bild); nie wieder endlose Schlangen von Menschen vor Währungsbüros, wie sie sich am 20. Juni 1948 in den westdeutschen Städten und Dörfern bildeten (rechts), als ein Schlußstrich unter die „zurückgestaute“ Inflation des zweiten Weltkrieges gezogen wurde, nachdem die Bevölkerung in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg unter den Folgen der „offenen“ Inflation gelitten hatte.

Aufn.: Ullstein/dpa

Preisstabilität, und als dritte Seite war die freie Lohnbildung gemeint, denn auf deren Basis ...

Aber mit Vollbeschäftigung, Wachstum und Preisstabilität allein ist es nicht einmal getan; ein ganzes Bündel von Zielen verlangt zu seiner Verfolgung wahrhaft magische Kräfte.

übersehen wird, daß innerhalb der Landwirtschaft das Einkommensgefälle noch größer ist).

Mit der Forderung nach gerechter Einkommensverteilung verlangen die Arbeiter oder ihre Gewerkschaften ein größeres Kuchenstück vom Sozialprodukt, und zwar zu Lasten des Gewinnanteils der Unternehmen. Umgekehrt pochen die Unternehmen auf genügende Gewinne, da – wie sie argumentieren – sonst die Finanzierung des künftigen Wirtschaftswachstums gefährdet sei.

Ähnlich will der kapitalistische Westen seinen Vorsprung gegenüber dem kommunistischen Osten möglichst halten. Schon deshalb bemüht er sich um weiteres Wachstum.

Blick auf den Nachbarn

So wird also die Welt vom Streben nach Wachstum und vom „relativistischen“ Blick auf andere beherrscht. Das geht hinunter bis zu den einzelnen Menschen. Wie viele von uns können ehrlichen Herzens behaupten, daß sie sich nicht vom Prestige, vom Blick auf den Nachbarn und Kollegen leiten lassen, wenn sie ihre persönlichen Anschaffungen machen, ihre Wohnung einrichten oder das Auto kaufen? Daß dieser allzumenschliche Relativismus von Industrie und Handel angepeilt wird, wenn neue oder auch nur scheinbar neue Produkte an den Mann, an die Frau und nicht zuletzt auch an die Jugend gebracht werden sollen, das gehört heute zu den Selbstverständlichkeiten.

Aber versteht sich so der Sinn des Wachstums und des Wirtschaftens überhaupt? Sind wir mit dem Erreichten nur dann zufrieden, wenn der andere nicht mehr hat? Ist deshalb vielleicht die karge Zeit von Kriegsende bis zur Währungsreform von 1948 bei manchen von uns in „guter“ Erinnerung, weil wir alle auf knappe Kost gesetzt waren, in bescheidener Kleidung herum-liefen und jene, die von den Normalverbrauchern abstachen, also mit den heutigen Wohlhabenden zu vergleichen wären, damals eher in Mißachtung lebten?

Freilich möchte wohl niemand mehr – beim Wort genommen – in die Lebensbedingungen jener Jahre zurückkehren. Denn was uns das sogenannte Wirtschaftswunder der fünfziger Jahre beschert hat, was für die meisten nichts Überflüssiges, sondern Lebensnotwendiges. Aber schon Ludwig Erhard mußte in seiner Regierungszeit einsehen, „daß irgendetwas nicht stimmt, wenn die Menschen immer mehr haben und verdienen und trotzdem nicht zufriedener werden“. Heute sind die Zweifel am Sinn von Wachstum und Wohlstandsjagd noch größer geworden. Jedoch: Welche Regierung oder Partei zieht hieraus die Konsequenzen?

George F. Kennan, ein hochangesehener Gesellschaftskritiker, stellt die Frage „Wozu Wachstum?“, und er verurteilt den „Glauben, daß die

An jenem Tag hob sich nämlich der Vorhang zu einem Drama, das sich nicht wiederholen darf. Der Kurseinbruch an der New Yorker Börse vom 29. Oktober 1929 löste eine Weltwirtschaftskrise sondergleichen aus, deren Fundament freilich schon im unseligen Friedensvertrag von Versailles gelegt war. Die Schockwirkung des Wallstreet-Zusammenbruchs führte zur Erschütterung des optimistischen Glaubens, daß weltweite Wirtschaftskrisen nur noch der Vergangenheit angehörten. Von Amerika griff der Pessimismus auf Europa über. Die Unternehmungslust der Wirtschaft schwand zusehends dahin. Wegen der Krise im eigenen Lande verringerten die USA ihre Einfuhren und versuchten, ihre Ausfuhren durch Preissenkungen zu forcieren. Andere Länder beschritten ähnliche Wege. Deutschland, vom Export abhängig und wegen seiner starken Verschuldung gegenüber dem Ausland förmlich um Devisen ringend, mußte hiervon hart betroffen werden.

Alle Welt sah bald darauf am Beispiel Deutschlands, welch verheerende politische Folgen eine Massenarbeitslosigkeit mit sich bringen kann – Folgen, die dann ein Großteil der Menschheit noch ein Jahrzehnt später mit dem zweiten Weltkrieg selbst zu spüren bekam. Heute ist die Vollbeschäftigung ein selbstverständliches Ziel der Wirtschaftspolitik. Heute gehört die „antizyklische Fiskalpolitik“ zu den Schlagworten der Volkswirte. Heute wissen wir, daß der Staat Geld und Aufträge in die Wirtschaft pumpen muß, wenn diese an konjunktureller Schwäche leidet.

Teuerung früher „gottgegeben“

Aber nicht nur die Vollbeschäftigung ist längst eine bevorzugte Marschrichtung der Wirtschaftspolitik. Von manchen Seiten sogar noch höher bewertet wird ein Ziel, das vor 1933 ebenfalls nicht „anerkannt“ war: die Preisstabilität.

Otmar Emminger, Direktoriumsmitglied der Deutschen Bundesbank, hat einmal vor Augen geführt, welche fundamentale Wandlung sich gegenüber früher in den Aufgaben und Zielen der Währungspolitik vollzogen hat: „Zur Zeit des klassischen Goldstandards (vor dem ersten Weltkrieg) wäre niemand auf den Gedanken gekommen, von der Notenbank eine Stabilisierung des Preisniveaus und der Konjunktur zu erwarten. Es gab damals außerordentlich starke Preis- und Konjunkturschwankungen. Sie wurden ebenso wie die sich oft über Jahrzehnte hinziehende „Teuerung“ – wir nennen es heute „schleichende Inflation“ – als etwas Gottgegebenes hingenommen. Eine Währung galt als stabil, wenn die Golddeckung und die Goldinlösbarkeit, also die Wechselkursstabilität, gewahrt waren. Auch noch nach dem ersten Weltkrieg, zum Beispiel als 1926/27 im Rahmen der großen deutschen Wirtschaftsenquete die Reichsbankpolitik untersucht und der damalige Reichsbankpräsident

Mit dem Börsenkrach begann es

Schacht dazu vernommen wurde, war von der Preisstabilität als dem vorrangigen Ziel der Notenbankpolitik noch nicht die Rede.“

Mit der Preisstabilität als Zielrichtung neben der Vollbeschäftigung tauchte freilich ein Problem auf, mit dem sich die Wirtschaftspolitik überall förmlich herumschlagen muß: der Konflikt zwischen den verschiedenen Zielen – zwischen Zielen, die inzwischen zu einem ganzen Bündel erweitert sind.

Schon die Bewältigung des Doppelziels von Vollbeschäftigung und Preisstabilität wurde als eine magische Kunst angesehen. In den dreißiger Jahren kam nämlich, von den Vereinigten Staaten aus, der Begriff des magischen Dreiecks auf: Zwei Seiten von ihm waren Vollbeschäftigung und

Das Zielbündel wird immer größer

Heute mag selbst die Konstruktion dieses Dreiecks wie ein Kinderspiel erscheinen. Inzwischen ist nämlich überall in der Welt noch das Wachstum als wirtschaftspolitisches Ziel eine Selbstverständlichkeit geworden. Außerdem ist in den „westlichen“ Ländern die Bedingungs-basis der freien Lohnbildung ergänzt durch die Konvertibilität, das heißt durch die freie Umtauschbarkeit der Währungen gegeneinander. Bei alledem müssen die Länder bemüht sein, ihre Devisenbilanz im Gleichgewicht zu halten oder zumindest höhere und andauernde Devisendefizite zu vermeiden. Und um den Schwierigkeitsgrad auf die Spitze zu treiben, soll dies alles geschafft werden unter einem System prinzipiell fester Wechselkurse der Währungen.

Das wären sieben Seiten als Ziele bzw. Bedingungen. Schließlich muß noch ein Ziel hinzugefügt werden, das zwar schwer zu definieren, zu bestimmen ist, das aber dennoch fast überall als selbstverständlich gilt und das immer wieder die Interessengruppen auf die Barrikaden treibt: die gerechte Verteilung des gemeinsam erwirtschafteten Güterkuchens.

Man kann also heute von einem magischen Achteck sprechen, dessen Seiten folgende Beschriftung haben:

1. Vollbeschäftigung
2. Preisstabilität
3. Freie Lohnbildung
4. Wirtschaftswachstum
5. Freie Konvertibilität
6. Feste Wechselkurse
7. Ausgleich der Devisenbilanz
8. Gerechte Einkommensverteilung.

Bei uns in der Bundesrepublik ist der größte Teil dieser Ziele und Bedingungen seit Juni 1967 als Bündel verankert in dem „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirt-

Preisstabilität, und als dritte Seite war die freie Lohnbildung gemeint, denn auf deren Basis sollte ja – jedenfalls in der Marktwirtschaft – das Doppelziel erreicht werden. Magisch nannte man dieses Dreieck deshalb, weil es schon mit magischen Kräften zugehen müßte, wenn das Dreieck konstruiert werden sollte, das heißt, wenn es gelingen sollte, zu gleicher Zeit – und zwar bei Lohnfreiheit – volle Beschäftigung und stabile Preise zu erreichen. Tatsächlich bestehe doch nur so meinte man, die Wahl von zwei Seiten, auf die dritte müsse man verzichten. Denn bei Vollbeschäftigung würde zwangsläufig die Lohnpreis-Spirale in Gang gesetzt, die Preisstabilität ginge also verloren. Wenn diese aber erhalten werden sollte, müsse auf Vollbeschäftigungspolitik verzichtet werden – oder auf die freiheitliche Basis der Tarifautonomie bei der Lohnbildung.

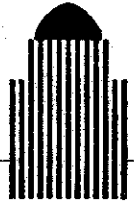
Die in diesem Gesetz vorgesehenen wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen des Bundes und der Länder sind nämlich so zu treffen, „daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichen Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen“.

Konflikte und Kompromisse

Was nun die „Magik“ des Sieben- bzw. Achtecks angeht, so bezweifeln manche Wissenschaftler, daß alle Seiten derart in Konkurrenz zueinander stehen, wie dies von Fachleuten zumeist angenommen wird. Die Tatsache jedoch, daß es überhaupt schwierige und kaum zu lösende Konflikte zwischen den gesetzten Zielen bzw. zwischen Zielen und den gestellten Bedingungen gibt, wird niemand leugnen. Fritz Machlup hat dahe den Wirtschaftspolitikern vorgeworfen, daß sie „Unmögliches verlangen oder Unmögliches versprechen“. Sie trieben „eine irreführende, unaufrichtige und unwürdige Vogel-Strauß-Politik.“

Will eine Regierung nun mit ihren Zielsetzungen nicht zurückstecken bzw. gegenüber andere Parteien oder Ländern nicht zurückstehen, dann bleibt nichts weiter als der Kompromiß. Ein Kompromiß braucht ja durchaus nicht faul zu sein, sondern muß in der Demokratie häufig als Ausweg gewählt werden, etwa zwischen den Wünschen der verschiedenen Interessentengruppen. Auf das wirtschaftspolitische Zielbündel bezogen: Es wird kaum möglich sein, alle Ziele gleichzeitig zu erreichen. Statt dessen müssen wir uns um jene Ziele besonders bemühen, die jeweils am meisten nachhinken. In der gegenwärtigen Hochkonjunktur muß das z. B. die Preisstabilität sein, während in der Flaute von 1967 Beschäftigung und Wachstum bevorzugt gefördert werden mußten.

Hannoversche Allgemeine ZEITUNG



VERLAGSGESELLSCHAFT MADSACK & CO., HANNOVER

Verlagsgesellschaft Madsack & Co. · 3 Hannover 1 · Postfach 209

Herrn
Tristan Abromeit

3000 Hannover-Kleefeld
Kaulbachstraße 25

WIRTSCHAFTS-
REDAKTION

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen

Telefon (Direkt-Durchwahl)

3 Hannover, Anzeiger-Hochhaus

27.7.1969

GG/schw-

1676-440

14. Oktober 1969

Sehr geehrter Herr Abromeit!

Ihr Brief vom 27. Juli ist während meines Urlaubs in einem großen Unterlagenstoß auf meinem Schreibtisch gelandet. Durch Umzug innerhalb der Redaktion hat sich dieser ganze Stoß in eine Ecke "verkrümelte", und ich habe Ihren Brief erst jetzt beim allgemeinen Aufräumen gefunden. Entschuldigen Sie bitte, daß ich heute nur kurz antworte (eine Veröffentlichung als Leserbrief ist leider zu spät).

Wenn ich mich recht erinnere, habe ich in dem betreffenden Artikel selbst unterschieden, daß es beim magischen Achteck Ziele und Rahmenbedingungen gibt. Und die freie Lohnbildung gehört eben als Element der marktwirtschaftlichen Ordnung zu solchen Rahmenbedingungen.

Theoretische "Einsichten", wie man Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit des Geldes tatsächlich oder vermeintlich regulieren kann, gibt es schon lange. Wenn Sie selbst etwa die Lehre von Silvio Gesell im Auge haben, muß ich Ihnen leider sagen: Das war das Thema meiner Diplomarbeit, die allerdings schon über 20 Jahre alt ist. Aber ich glaube, daß sich bis jetzt nichts an dem Standpunkt der Wissenschaftler geändert hat: Silvio Gesells Vorstellungen sind in Wirklichkeit nicht zu praktizieren.

Mit Ihrem letzten Satz, der die Raumfahrt mit der Wirtschaftspolitik vergleicht, gehe ich ziemlich einig. Man sollte aber dabei nicht vergessen, daß das Thema der Wirtschaftspolitik, nämlich unseres gesellschaftlichen Zusammenleben, viel komplizierter ist als physikalische und andere Probleme, mit denen es die Raumfahrt zu tun hat. Das Entscheidende ist aber wohl, daß die Wirtschaftspolitik auf Gruppen Rücksicht nimmt oder Rücksicht nehmen muß, deren Interessen sehr unterschiedlich sein können.

Mit freundlichen Grüßen

HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG
Wirtschaftsredaktion

(Grobe)

Tristan Abromeit
3000 Hannover-Kleefeld
Kaulbachstr. 25

22. Oktober 1969

Herrn
Gerd Grope
Wirtschaftsredaktion
"annoversche Allgemeine Zeitung"
3000 H a n n o v e r
Anzeiger-Hochhaus

Bis zum magischen Achteck

Mein Schreiben vom 27. 7. 69
Ihre Antwort vom 14. Okt. 69

Sehr geehrter Herr Grope,

eine Leserzuschrift wird erst durch die Veröffentlichung zum Leserbrief und somit auch wirksam.

Mir scheint aber, der Nutzen könnte in diesem Falle durch ein Arbeitsgespräch in kleiner Runde mit privatem Charakter nachgeholt oder überboten werden.

Ob Gesells Überlegungen für die Wirtschaftspolitik einen praktischen Nutzen haben können oder nicht, ist ~~für~~ vielfach innerhalb der Volkswirtschaftslehre (wie so manch andere Frage) eine Glaubensfrage geworden.

Bundeswirtschaftsminister Schiller wird andererseits mit seinem theoretischem Rüstzeug die offenliegenden Wirtschaftsprobleme auch nicht lösen und somit gesamtgesellschaftliche Reformen blockieren.

Wenn Sie zu einem Gespräch bereit sind, lade ich noch Herrn Dipl.-Sozialwirt Elimar Rosenbohm, der in der volkswirtschaftlichen Abteilung der LZB arbeitet und die Materie kennt, und ein paar ~~an~~ Bekannte, die Gesells Lehre nicht kennen, ein.

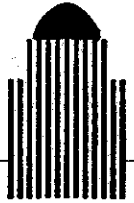
Über Ort und Zeit müßte man sich dann einigen.

Ich würde mich freuen, wenn es zu dem Gespräch kommt, und wenn ich Ihre Diplomarbeit lesen dürfte (am besten vor dem Gespräch, aber auch unabhängig davon).

Mit freundlichen Grüßen



Hannoversche Allgemeine ZEITUNG



VERLAGSGESELLSCHAFT MADSACK & CO., HANNOVER

Verlagsgesellschaft Madsack & Co. · 3 Hannover 1 · Postfach 209

**WIRTSCHAFTS-
REDAKTION**

Herrn
Tristan Abromeit

3 Hannover-Kleefeld
Kaulbachstraße 25

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen

Telefon (Direkt-Durchwahl)

3 Hannover, Anzeiger-Hochhaus

22.10.1969

GG/schw-

1676-441

24. Oktober 1969

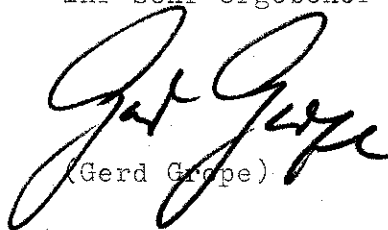
Sehr geehrter Herr Abromeit!

Haben Sie herzlichen Dank für Ihren Brief. Es ist zwar für mich sehr ehrenvoll, daß Sie mich zu einem Diskussionsgespräch einladen; leider ist aber meine Zeit während der nächsten Monate und Wochen schon durch die redaktionelle Arbeit und andere Termine so in Anspruch genommen, daß der verbleibende kleine Restteil meiner Familie vorbehalten sein muß.

In der Hoffnung, daß Sie hierfür Verständnis haben, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener


(Gerd Grope)

Tristan Abromeit
3000 Hann.-Kleefeld
Kaulbachstr. 25

An die
Hannoversche Allgemeine
Zeitung

3000 H a n n o v e r
Anzeigerhochhaus

Leserzuschrift

Den Titel " Trauriger Rekord" des Artikels von Gerd Grope
(HAZ vom 20./21. Februar 1971 S.5) kann man auf die Wiederholung
der Behauptung anwenden, die Banken seien in der Lage, Geld zu
schöpfen und würden durch die Aufnahme von Auslandsgeldern unseren
eigenen Geldumlauf inflationistisch aufblähen. Die erste Behauptung
ist ein wirtschaftswissenschaftliches Märchen, die zweite Behauptung
gilt nur bei den jetzt vorhandenen fixierten Wechselkursen. Da die
Bundesregierung für die Wechselkurse zuständig ist, hat ^{S/P} auch diese
Geldschöpfungsmöglichkeit zu vertreten.

Laut HAZ-Bericht vom gleichen Tage soll die Bundeswehr 400 Flugzeuge
zum Stückpreis von 14 Millionen erhalten. Für den Betrag von 1/10000
einer Maschine könnte sich die Wirtschaftsredaktion der HAZ mit Hilfe
des volkswirtschaftlichen Planspieles von Karl Walker über den wirt-
schaftspolitisch so bedeutsamen angesprochenen Fragenkomplex Klarheit
verschaffen.

Nebenbei: Das die zum Teil die Inflation kompensierende Mindestreserve-
pflicht der Geschäftsbanken eine grobe Verletzung unserer sonst für
heilig gehaltenen Eigentumsordnung ist, ist bisher nur wenigen
Wirtschaftstheoretikern und -politikern aufgegangen.

7. 11. 71

L, R, W

Anlage: Prospekt des Walkermodells

folgt

Trauriger Rekord

Von Gerd Grope

Laßt Euch nicht irre machen, wenn es da mal Kurzarbeit gibt und mal eine Pleite. Das ist ja die Marktwirtschaft. Wenn wir alle so arbeiten wie die Kohle und die Landwirtschaft, wäre Deutschland schon pleite gegangen.“

Also sprach Philip Rosenthal, Porzellanfabrikant und derzeit parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, am vorigen Wochenende auf einer SPD-Tagung in Hannover. Seine Äußerung wird inzwischen manches Archiv angereichert haben und bei passender Gelegenheit boshaft präsentiert werden. Wenn man ihm mit den Worten der alten Lateiner käme „Hättest Du doch geschwiegen!“, würde der persönlich so liebenswerte Philip Rosenthal vielleicht erwidern, daß wir leider noch nicht reif genug für Wahrheitsbekundungen in einer aufgeklärten Demokratie seien und daß er eben seinen Teil zu diesem Erziehungsprozeß beitragen wolle. Nun, über den Inhalt der zitierten Äußerung wird es auch vom objektiven Standpunkt aus unterschiedliche Meinungen geben. Denn arbeitet „die“ Kohle, „die“ Landwirtschaft ausnahmslos heute tatsächlich noch so primitiv, so unproduktiv?

Auch zu einem anderen Problem hat der Staatssekretär dieser Tage seine Meinung kundgetan, nämlich bei der Beantwortung der Anfrage eines SPD-Bundestagsabgeordneten hinsichtlich des Einflusses der Banken auf Wirtschaft und Gesellschaft. Dieser Einfluß, so meinte Rosenthal, könne am besten durch wettbewerbsfördernde Maßnahmen unter Kontrolle gehalten werden; eine zusehends wichtigere Funktion üben hierbei die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute aus. Rosenthal wies vor allem auf den Zinswettbewerb hin.

Als ob dies das wichtigste Problem beim Thema Banken sei! Selbst die hohen Beteiligungen der Banken an Unternehmen und ihre Einflußnahme über das sogenannte Depotstimmrecht spielen heute eine Nebenrolle im Verhältnis zu jenen Gefahren, die uns aus dem Mißbrauch einer ganz anderen „Macht“ der Banken entstanden sind: nämlich aus dem Mißbrauch ihrer Fähigkeit, über die Kreditgewährung selbst Geld zu „schöpfen“ oder durch Aufnahme von Auslandsgeldern unseren eigenen Geldumlauf inflationistisch aufzublähen.

Der jüngste Monatsbericht der Deutschen Bundesbank weist mehrfach und äußerst besorgt auf diese Unterminierung unseres Geldwertes hin. Immerhin haben die Banken und Sparkassen im vergangenen Jahr ihre Kreditgewährung per saldo um 50,3 Milliarden DM erhöht. Zieht man hiervon die Bestandsveränderung der Spareinlagen und längerfristigen Terminkonten (+ 30,5 Milliarden DM) ab, dann verbleibt ein Überschuß der Kreditgewährung von rund 20 Milliarden DM. Zu diesen 20 Milliarden an neuem, zusätzlichem Geld kommen noch 14,7 Milliarden DM als Forderungssaldo von Banken und Bundesbank gegenüber dem Ausland: Um so viel war 1970 der Devisenstrom zu unseren Banken größer als der Devisenabfluß. Und da dieser Devisenüberschuß in D-Mark umgetauscht wurde, erhöhte sich entsprechend der Geldbestand der in-

Veränderungen des Geldumlaufs 1970

(Alles in Milliarden DM)

+ 50,3

Bankkredite

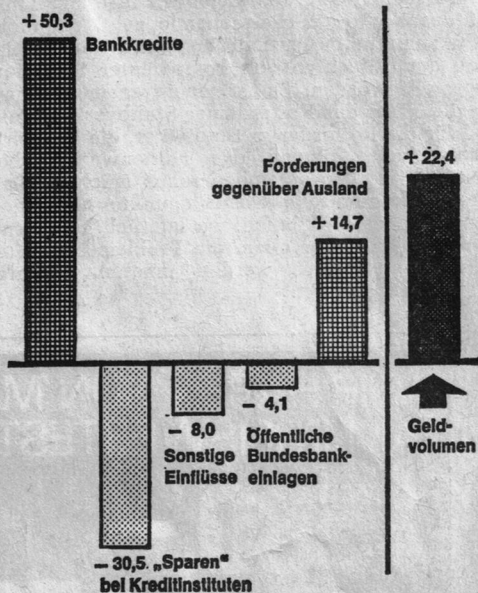
Forderungen
gegenüber Ausland

+ 14,7

+ 22,4

Veränderungen des Geldumlaufs 1970

(Alles in Milliarden DM)



ländischen Unternehmen und sonstigen „Nichtbanken“.

Vermindert wurde die umlaufende Geldmenge dadurch, daß der Staat seine Einlagen bei der Bundesbank um 4,1 Milliarden DM erhöhte, und zwar vor allem durch die Aufstockung der Konjunkturausgleichsrücklage. Schließlich gab es 1970 noch eine Geldverminderung durch „sonstige Einflüsse“ in Höhe von 8,0 Milliarden DM, zum Teil eine Folge von sogenannten Offemarktgeschäften der Bundesbank mit Nichtbanken: Die Notenbank verkaufte Schatzanweisungen und andere Schuldscheine des Bundes an Sozialversicherungsunternehmen, was ja eine Abschöpfung des Geldkreislaufs bedeutet.

Faßt man alle Posten zusammen, dann errechnet sich per saldo eine Erhöhung des Geldvolumens um 22,4 Milliarden DM. Im Hinblick auf die erwünschte Stabilität der Kaufkraft unseres Geldes ist das ein trauriger Rekord. Denn diese 22,4 Milliarden bedeuten eine Zunahme der Geldmenge um 19,6 Prozent, während sich das gesamte Güterangebot in der Bundesrepublik voriges Jahr nur um 4,7 Prozent erhöhte. Und nicht zuletzt die von Staatssekretär Rosenthal als „Wettbewerbsförderer“ gelobten öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute haben ihren gehörigen Teil zu der inflationistischen Geldaufblähung beigetragen.

Hannoversche Allgemeine ZEITUNG



VERLAGSGESELLSCHAFT MADSACK & CO., HANNOVER

Verlagsgesellschaft Madsack & Co. • 3 Hannover 1 • Postfach 209

Herrn
Tristan Abromeit

3 Hannover-Kleefeld
Kaulbachstr. 25

WIRTSCHAFTS-
REDAKTION

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen
Gr/wi

Telefon (Direkt-Durchwahl)
1676/440

3 Hannover, Anzeiger-Hochhaus
1.3.1971

Sehr geehrter Herr Abromeit !

Wir freuen uns über jeden Brief, in dem Leser ihr Interesse an Berichten und Artikeln in unserer Zeitung bekunden. Das gilt auch für Ihre Zuschrift.

Von einer Veröffentlichung möchten wir aber Abstand nehmen, und zwar deshalb, weil wir Ihre Meinung, die Geldschöpfungsmöglichkeit der Banken sei ein wirtschaftswissenschaftliches Märchen, nicht ohne Kommentar gewissermaßen im Raum stehen lassen könnten. Ein solcher Kommentar aber würde einen zu großen Raum in Anspruch nehmen.

Was die Geldschöpfung betrifft, so haben wir diesen Prozess im Laufe der letzten 12 Jahre mehrfach in größeren Artikeln im Rahmen unseres Wirtschaftsteils unseren Lesern dargestellt und erläutert.

Mit der Bitte, für unseren Standpunkt Verständnis zu haben, verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG
Wirtschaftsredaktion

Gerd Grope

PS:

Ich selbst habe die Geldschöpfung u.a. in meinem Buch "Die Zweitbeste Wirtschaft" (Verlag Dr. Gabler, Wiesbaden) populär dargestellt.

NIEDERSACHSEN-ZWEIG

Niedersachsen-Zweig der SG 1950 · 3 Hannover-Kleefeld, Kaulbachstraße 25

Hannoversche Allgemeine
Zeitung
-Wirtschaftsredaktion-
3000 Hannover 1
Postfach 209

Hannover, den 10. 5. 71

Sehr geehrter Herr Grope,

Ihr heutiger Leitartikel "Aufschub" zur Freigabe des Wechselkurses der DM durch die Bundesregierung erinnerte mich daran, daß ich Ihre Antwort vom 1. 3. 71 auf mein Schreiben vom (ohne Datum) zu Ihrem Artikel "Trauriger Rekord" vom 20./21.2.71 noch erwidern wollte.

Ich hatte geschrieben, daß die Geldschöpfungsmöglichkeit der Banken ein wirtschaftswissenschaftliches Märchen sei. Sie erwidern, daß die HAZ in den letzten 12. Jahren diesen Prozeß (der Geldschöpfung) mehrfach in größeren Artikeln erläutert habe.

Beide Aussagen kann man kommentieren mit einem Zitat von dem Pressesprecher der Bundesregierung Ahlers: "Behauptungen werden nicht wahr durch ihre Wiederholung."

Es müßte konsequenterweise eine gemeinsame Antwort erarbeitet werden; dazu wird aber keine Zeit ~~übrig~~ übrig sein. Sie werden daher in sich in Ihren Beiträgen zu diesem Thema sich wiederholen, bis die Ereignisse wie im Fall der Wechselkurse zu neuem Durchdenken zwingen.

Wenn ich so urteile, dann nicht aus einer Antipathie oder Frontstellung heraus, sondern weil ich Ihre Denkstruktur so einschätze.

Ich habe Ihren Vortrag vom 3. März nur in der VHS gehört. Im gewissen Sinn ein Genuß, im jeden Falle eine Erbauung für den Nichteingeweihten in keinem Fall eine Orientierungshilfe zum politischen Handeln.

Ich habe eine 21-seitige Analyse Ihres Buches "Die zweitbeste Wirtschaftsordnung" gelesen. Der Schlusssatz lautet: #

"Giersch warnte bereits im Vorwort, daß Grope die Nationalökonomien nicht immer zu befriedigen vermöge, vor allem nicht die liberalen, wäre hinzuzufügen. Wäre Grope bei ihnen in die Schule gegangen, dann hätte er vielleicht ein Buch über "die beste Wirtschaft" geschrieben."

Mit freundlichen Grüßen

Tristan Abromeit

Anlagen: sg-Kommentare April 1971 / *Einigeer Mangelhafte-Einstellung*
Hinweis: Das neueste Buch von Karl Walker wird in Kürze unter dem *MTG*

Aufschub

Von Gerd Grope

Eine Atempause für die Bundesrepublik bis zum 1. Juli, um in der Zwischenzeit notfalls neue Dämme gegen die anbrandende Dollarflut aufzubauen – das ist das eine Ergebnis, auf das sich die kleineuropäischen Währungspolitiker der EWG am Ende ihrer Brüsseler Marathonsitzung einigen konnten. In anderer Hinsicht bedeutet dieser Beschluß einen Kompromiß: Die – begrenzte und befristete – Freigabe des Wechselkurses der D-Mark gegenüber dem Dollar und anderen Währungen außerhalb der EWG braucht die Bundesregierung nicht im Alleingang vorzunehmen. Sie hat hierfür den Segen der Partnerländer erhalten, wenn auch widerstrebend, besonders was Frankreichs Wirtschafts- und Finanzminister Giscard d'Estaing angeht, der sich in Brüssel in der Rolle eines Bannerträgers der europäischen Einheitsidee gefiel.

Wenn am Montag die deutschen Devisenbörsen wieder eröffnet werden, könnte der Dollar an den Kurstafeln erheblich unter 3,66 DM erscheinen, also unter dem sogenannten Paritätskurs, der seit der DM-Aufwertung vom Oktober 1969 gilt. Diese „Freiheit“ ist uns nämlich in Brüssel zugebilligt worden, während die Bundesbank bisher schon kursstützend eingreifen und jede Dollarmenge ankaufen mußte, wenn der Dollarkurs unter eine Tiefstgrenze von 3,63 DM zu fallen drohte. Entsprechend wird also der Dollar vorübergehend bis zum 1. Juli abgewertet und die D-Mark entsprechend aufgewertet.

Was soll dieser Spielraum, lohnt er den ganzen Brüsseler Aufwand? Letztlich hoffen wir, hiermit – wenn auch nur vorübergehend – eine Waffe gegen den Preisauftrieb in der Bundesrepublik zu erhalten, und zwar in mehrerlei Hinsicht:

Vor der Schließung unserer Devisenbörsen am letzten Mittwoch sind mehrere Milliarden Dollar in die Bundesrepublik geflossen, weil man auf eine Aufwertung der D-Mark spekulierte. Für jeden dieser Dollar mußte die Bundesbank im Umtausch mindestens 3,63 DM bezahlen. Ab kommenden Montag wird kein Devisenspekulant noch Interesse an solchen Geschäften haben, wenn der neue Dollarkurs so tief liegt, daß auch nach einer etwaigen DM-Aufwertung kein Profit mehr zu erwarten ist.

Wird der spekulative Dollarzustrom derart abgebremst, dann verschwindet auch eine Hauptquelle für die inflationistische Aufblähung unseres eigenen Geldumlaufs. Denn durch den Umtausch der Dollarmilliarden mußte ja die Bundesbank Riesenmengen von D-Mark in die Welt oder besser: in die Bundesrepublik setzen. Da nun „vagabundierende“ Dollar woanders Anlage suchen werden, hat die Schweiz als Abwehrmaßnahme ihre Währung um 7,0 Prozent aufgewertet, also den Schweizer Franken um diesen Satz für die Spekulanten verteuert. Mit einer Aufwertung des Schillings um 5,05 Prozent hat sich Österreich diesem Vorgehen am Sonntag noch angeschlossen.

Von einer Quasi-DM-Aufwertung im Zuge der Wechselkursfreigabe wird außerdem ein unmittel-

HAZ 70.5.71

HAZ 72.6.2003

Gerd Grope ist tot

Der Wirtschaftsjournalist Gerd Grope ist am Mittwoch nach langer Krankheit im Alter von 83 Jahren gestorben. Der studierte Volkswirt, der schon 1949 als Volontär zur damals neu gegründeten Hannoverschen Allgemeinen Zeitung stieß, leitete seit 1960 die Wirtschaftsredaktion. Von 1971 bis zu seinem vorzeitigen Ausscheiden aus gesundheitlichen Gründen im April 1979 war der gebürtige Hannoveraner zugleich stellvertretender Chefredakteur. Ursprünglich wollte Gerd Grope Hochschullehrer werden. Aber dann entschied er sich für die Zeitungskarriere. Er berichtete für die HAZ von der ersten Hannover Messe. Seine Lieblingsthemen, die er in zahlreichen Leitartikeln und nebenberuflich als Dozent behandelte, waren Wirtschaftspolitik, Konjunktur- und Geldpolitik. Grope hinterlässt seine Frau und zwei Kinder. e